

Bildung neu denken

- 15 Ideen zur Weiterentwicklung der Bildungspolitik

Thesenpapier
der Jungen Union, Bezirksverband Elbe-Weser
11./12.02.2006, Gyhum/Sick

Die Bildungspolitik neu auszurichten gewinnt vor dem Hintergrund der gravierenden Ergebnisse der PISA-Studien, dem demographischen Wandel und der fortschreitenden Globalisierung immer stärker an Bedeutung.

Im Durchschnitt ist jeder 5. Schüler nach seinem Schulabschluss weiterhin unterqualifiziert für einen geeigneten Berufseinstieg. In 2004 gab es darüber hinaus 82.000 Hauptschulabbrecher sowie 246 000 Berufsschulabgänger ohne Abschluss. Beides zusammen kosten den Staat fast 1,5 Mrd. EUR. "Deutschland habe gleichzeitig zu viele und zu wenige Arbeitskräfte: zu viele schlecht ausgebildete und zu wenig Hochqualifizierte", so sagte es bereits 2003 der damalige Präsident der FU Berlin, Dieter Lenzen. Auch beurteilen nur 15 % der Eltern und Lehrer in einer repräsentativen Umfrage Deutschlands Schulen mit „sehr gut“ und „gut“.

Aus diesen genannten Gründen ist eine massive Qualifizierungsoffensive für alle Altersschichten voranzutreiben. Ziel der zukünftigen Reform muss es daher sein, die Zahl der Hochqualifizierten zu vermehren und gleichzeitig die Zahl der Lernschwachen zu verringern. Im Mittelpunkt steht hierbei eine verbesserte Qualität des Unterrichts und eine zielgerichtete Vorbereitung auf den Berufseinstieg.

Die Junge Union, Bezirksverband Elbe-Weser fordert daher die Umsetzung der folgende Ideen zur Weiterentwicklung der Bildungspolitik:

A. Organisatorische Verbesserungen

1. Stärkere Differenzierung des dreigliedrigen Schulwesens auf den ursprünglichen Ansatz, wonach die Hauptschule den Schwerpunkt im handwerklichen, die Realschule im kaufmännischen und das Gymnasium im wissenschaftlichen Bereich legt;

2. Sämtliche Gesetze und Verordnungen für Schulen sind dahingehend zu überprüfen, inwiefern sie ausreichend Freiräume und Eigenverantwortung für Lehrer, Eltern und Schüler garantieren. Das was die Schule vor Ort entscheiden kann, soll auch die Schule vor Ort entscheiden. Der Rektor übernimmt mehr die Funktionen eines Managers und die Gesamtkonferenz die eines Aufsichtsrates;

3. Deutliche Reduzierung der Klassengröße auf maximal 25 Schüler pro Klasse, um insgesamt bessere Rahmenbedingungen und individuellere Fördermöglichkeiten zu bieten. Förder- und Leistungskurse sollten maximal 15 Schüler betragen;

4. Der Unterricht an allen Schulen soll nach einheitlichen christlichen und weltoffenen Wertvorstellungen ausgerichtet werden. Faktoren wie Ordnung, Fleiß, Betragen,

- 51 Pünktlichkeit und gesellschaftliches Engagement sollen wieder verstärkt in die
52 Beurteilung der Schüler einfließen;
53
- 54 **5.** Die Einführung von Schuluniformen ist in einem Testgebiet zu erproben, um ein
55 verstärktes „Wir-Gefühl“ an der Schule zu fördern und Diskriminierungen der Schüler
56 untereinander von Beginn an auszuschließen;
57
- 58 **6.** Verkürzung der Ferien für ältere Schüler, im Gegenzug breites Angebot an
59 Nachholkursen für schwache und Spezialangebote für besonders gute Schüler;
60 Zusammenarbeit mit den ansässigen Industrie- und Handelskammern,
61 Volkshochschulen und Hochschulen ausbauen;
62
- 63 **7.** Stärkere Öffnung der Schulen für gesellschaftliches Engagement von
64 Unternehmen, um über Social Sponsoring neue Einnahmequellen zu öffnen;
65 Werbung innerhalb der Schulen darf möglich sein, eine Entscheidung hierüber trifft
66 dezentral die Schulleitung;
67
- 68 **8.** Einführung von Zielvereinbarungen zwischen Schule und Schülern, Schule und
69 Eltern sowie Schulträger und Lehrern; regelmäßige Befragungen der Schüler, Eltern,
70 Lehrer sowie der ausbildenden Unternehmen und Universitäten um Schwachstellen
71 der Bildungsvermittlung aufzudecken;
72
- 73 **9.** Erleichterte Rahmenbedingungen für Schülerfirmen, deren Ertrag in die Schule
74 wieder zurück fließt, vor allem im Hinblick auf vereinfachte Verwaltungs- und
75 Steuervorschriften; Anreiz neue Einnahmequellen zu generieren;
76
- 77 **B. Inhaltliche Verbesserungen**
78
- 79 **10.** Ausbau der Schüler-Universitäten mit der Möglichkeit, bereits vor Erreichen des
80 Abiturs ein Vordiplom zu erzielen mit Anrechnung auf die spätere Studienzeit;
81 Finanzierung dieser Begabtenförderung durch ein transparenteres und flexibleres
82 Stipendiensystems;
83
- 84 **11.** Landesweite Einführung des Unterrichtsfaches „Wirtschaft“, um die Schülern
85 nicht angesichts des raschen technologischen und ökonomischen Wandels von
86 Informationen über die Berufs- und Wirtschaftswelt auszusperrern.
87
- 88 **12.** Jährlich stattfindende Thementagen sollen den Bereich „Berufsorientierung“
89 vertiefen. Schwerpunkte sind dabei Selbst-/Fremdeinschätzung, Interessenprofile,
90 Kommunikationstraining, Konfliktmanagement und Gesprächsführung. Dabei soll das
91 privatwirtschaftliche Förderangebot „JUMP“ als Standard an allen Schulen verankert
92 und vertieft werden.
93
- 94 **13.** Berücksichtigung von mindestens zwei verbindlichen Praktika während der
95 Schulzeit an allen Schulformen; an Gymnasien für ein Praktikum alternativ Besuch
96 von Informationstagen an Universitäten und Berufsakademien;
97
- 98 **14.** Umstellung der gymnasialen Oberstufe auf das an Hochschulen übliche Credit-
99 System, um mehr Wahlfreiheit und eine stärkere Berücksichtigung der individuellen
100 Stärken der Schüler zu ermöglichen;
101

102 **15.** Verpflichtende regelmäßige Absolvierung von Betriebspraktika für Lehrer in
103 Kombination mit den bisherigen Fortbildungsmodellen, um einen aktuellen Bezug
104 des Unterrichts zu gewährleisten.